



Foto: Burghard Mannhöfer

Jahresempfang mit Kramp- Karrenbauer

Eine Einladung ins Adenauer-Haus und eine Einladung in die Partei?

Seite 4 und 5

Wird die LSU eine offizielle Vereinigung?

Viele fragen sich, wie es jetzt weitergeht. Die LSU in Niedersachsen liefert Antworten.

Seite 6 und 7

Niedersachsen muss schlauer werden

Das LSBTI-Aufklärungsprojekt SCHLAU braucht dringend mehr Geld

Seite 8



Liebe Leser!

Die LSU steht womöglich vor einer Zäsur. Der Landesvorstand der CDU Berlin hat kürzlich auf seiner Klausurtagung einen Antrag beschlossen, der für die Lesben und Schwulen in der Union weitreichende Folgen haben kann. Auf dem kommenden Bundesparteitag der CDU Deutschlands wollen die Berliner fordern, dass die LSU offiziell als Vereinigung der Union anerkannt werden soll (was das bedeutet, haben wir auf den Seiten 6 und 7 aufgeschrieben).

Diese Forderung steht schon seit langem im Grundsatzprogramm der LSU, aber einen Antrag in dieser Form gab es bisher noch nie. Ein Auslöser hierfür waren ganz offensichtlich Aussagen der Parteivorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer beim LSU-Jahresempfang, der im September im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin stattfand (wir berichten darüber ab Seite 5).

Die LSU soll also Vereinigung werden. Ist sie das nicht schon längst, fragen die einen. Was ist überhaupt die LSU, fragen aber die anderen. Als Niedersachsen blicken wir vielleicht etwas bodenständiger auf diese Entwicklung, als man das in Berlin tut. Wir wissen um die Bedenken und die anderen Sichtweisen.

Uns ist wichtig, dass die Union durch eine Anerkennung der LSU gestärkt wird. Lesben und Schwule sind mittlerweile zum Glück selbstverständlicher Teil ihrer Familien. Lesben und Schwule gründen selber Familien. Die Interessen von Lesben und Schwulen sind nicht mehr die einer kleinen Gruppe, sie sind Teil einer umfassenden, modernen Gesellschaftspolitik.

Immer wieder treten wir für die CDU ein, Jahr für Jahr werben für die Union auf den Christopher Street Day-Paraden und -Straßenfesten der Republik. Wir werben für die Union und wir bringen unsere Themen in die Union ein, wir erklären und diskutieren – als Freunde, nicht als Gegner der Union. Wir haben uns immer als Teil der Unionsfamilie verstanden und insoweit wäre eine Anerkennung und engere Einbindung die logische Konsequenz unseres Selbstverständnisses und unserer Arbeit.

Wir werden daher unsere Möglichkeiten auf Landesebene ausschöpfen, damit wir zu einer für alle Seiten akzeptablen Form der engeren Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit allen anderen Vereinigungen und Sonderorganisationen kommen.

Ich wünsche Ihnen und Euch eine anregende Lektüre!



Sven Alexander van der Wardt
Landesvorsitzender
LSU in Niedersachsen

Unterwegs in Osnabrück

Landesvorstand tagt in Friedensstadt

Am 21. September tagte der Landesvorstand der LSU in Niedersachsen in der Friedensstadt Osnabrück. Nach einer Besichtigung des Historischen Rathauses, in dem 1648 der Westfälische Frieden besiegelt wurde, diskutierten die Vorstandsmitglieder Matthias Eitenbenz (v.l.), Sönke Siegmann, Sven Alexander van der Wardt und Petra Többe die neusten Entwicklungen in Partei und Verband. Wird die LSU Vereinigung? Mehr in diesem Newsletter.

LSU beim Landesparteitag

Austausch mit Bernd Althusmann

Beim Landesparteitag der CDU in Niedersachsen, der Ende August in Celle stattfand, konnten wir uns als LSU erneut präsentieren. Unser Info-Stand bot Gelegenheit für einen kurzen Austausch mit CDU-Landeschef und Wirtschaftsminister Bernd Althusmann. Außerdem unterhielten wir uns mit dem JU-Landesvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Christian Fühner. Wir planen zurzeit eine gemeinsame Veranstaltung im Emsland.

Abschied nach Brüssel

Ursula von der Leyen leitet die EU-Kommission

Es ist eine große Ehre, und gleichzeitig auch ein großer Verlust: Ursula von der Leyen wird ab November die EU-Kommission leiten. Das bedeutet allerdings auch, dass sie ihre Parteiämter für diese Zeit ruhen lassen wird, um sich voll und ganz auf Europa zu konzentrieren. Beim Landesparteitag in Celle wurde sie gebührend verabschiedet. Auch ihr Posten als CDU-Parteivize ist nun vakant. Wer ihr nachfolgen wird, ist offen.

Impressum

Inhaltliche Verantwortung (i.S.d.P. und gemäß § 5 TMG):
Dr. Sven Alexander van der Wardt,
Vorsitzender LSU in Niedersachsen

Lesben und Schwule in der Union (LSU) in Niedersachsen
c/o Wilfried-Hasselmann-Haus
Hindenburgstraße 30
30175 Hannover

Abmeldung vom Newsletter:
alexander.vanderwardt@lsu-online.de



Foto: LSU



Foto: LSU



Foto: LSU



Foto: LSU



Einladung in die Herzkammer der CDU

Der LSU-Jahresempfang entfacht erneut die Diskussion über einen offiziellen Status in der Partei

Die Deutungen darüber, welche Botschaft vom diesjährigen Jahresempfang der Lesben und Schwulen in der Union ausgehen sollte, ragen weit auseinander. Ein Aufbruch? Zurückweisung? Zögerliches Appearment?

Die Vorfreude aufseiten der LSU war groß, als die Parteivorsitzende und neue Bundesministerin der Verteidigung, Annegret Kramp-Karrenbauer, ihr Kommen angekündigt hatte. Ihre Aussagen der zurückliegenden Jahre haben das Verhältnis von Partei und Community nachhaltig zer-

rüttet, die Nerven der LSU haben sie durchaus belastet. Dass die LSU nun aber zum dritten Mal ins Adenauer-Haus laden durfte, werten viele im Verband als positives Zeichen der Normalisierung. Wollte sie nun die Gelegenheit nutzen, um sich bei der LSBTI-Community zu entschuldigen, wie es der Bundesvorsitzende der LSU nach dem missglückten Toiletten-Witz Anfang des Jahres noch gefordert hatte?

„Ich hoffe, dass wir nicht so sehr in die Tiefe gehen müssen bei den Sachen, die in der Vergangenheit liegen“, sagte LSU-Chef Alexan-

der Vogt vorab in einem Interview mit der Tageszeitung (taz). Stattdessen wünsche er sich klare Ansagen für die Zukunft zum allgemeinen Umgang der Partei mit LSBTI und zur Antidiskriminierung.

Tatsächlich wurden die Themen der Vergangenheit recht schnell abgeräumt vom Moderator des Abends, dem früheren ARD-Talkmaster Reinhold Beckmann. Beim Toiletten-Witz sei sie falsch verstanden worden, sagte AKK. Es sei ihr um eine Kritik an den Machos gegangen, Intersexuelle wollte sie ausdrücklich nicht be-

leidigen. Beckmann ließ das so stehen, was Vertreter der Community hinterher kritisierten.

„Ist die LSU ein gleichberechtigter Teil der CDU?“, fragte Beckmann dann die Parteichefin, die ohne zu zögern mit einem einfachen und klaren „Ja“ antwortete. Ole von Beust, früherer Erster Bürgermeister Hamburgs und neben Kramp-Karrenbauer der zweite Stargast auf dem Jahresempfang, ging sogar noch weiter. Er forderte, die CDU solle die LSU endlich als Vereinigung anerkennen. Auch um die Fehler der Vergangenheit wieder wett zu machen.



Diese Passage des Podiumsgesprächs hat nun weitreichende Auswirkungen. Am Samstag nach dem Jahresempfang beschloss der Landesvorstand der CDU Berlin auf seiner Klausurtagung in Hamburg, zu der im Übrigen auch Ole von Beust erneut geladen war, dass die Landespartei beim kommenden Bundesparteitag beantragen solle, dass die LSU als Vereinigung anerkannt werden soll. Maßgeblich vorangetrieben hat diesen Beschluss (neben der LSU Berlin) auch der Berliner CDU-Landeschef Kai Wegner, der beim LSU-Jahresempfang in der ersten Reihe saß. Wird die LSU Vereinigung?

Alle Fragen und Antworten dazu lest ihr auf den nächsten Seiten.

Muss sich AKK entschuldigen?

„Eine Entschuldigung würde ich von Annegret Kramp-Karrenbauer nicht erwarten, ich halte das auch nicht für notwendig“, sagt Alexander van der Wardt, Landesvorsitzender der LSU in Niedersachsen. Als im Jahr 2015 die Debatte über die Öffnung der Zivilehe Fahrt aufgenommen hatte, sagte AKK gegenüber der Saarbrücker Zeitung:

„Wenn wir diese Definition öffnen in eine auf Dauer angelegte Verantwortungspartnerschaft zweier Menschen, sind andere Forderungen nicht auszuschließen: etwa eine Heirat unter engen Verwandten oder von mehr als zwei Menschen. Wollen wir das wirklich?“

Alexander van der Wardt sagt dazu: „Ihr wird nun gerne vorgeworfen, sie habe ‚Inzest‘ und ‚Polygamie‘ mit homosexueller Liebe gleichgesetzt. Fakt ist aber: Wenn wir eine echte Debatte über Wesensmerkmale des Rechtsinstituts der Ehe führen wollten – die in der Folge dann eigentlich auch eine Debatte über den Begriff der Familie sein müsste – dann müssten wir diese auch offen und richtig führen. Wäre das Ergebnis einer solchen Diskussion, dass die Ehe nur noch und ausschließlich als Verantwortungsgemeinschaft von Menschen füreinander definiert würde, stellte sich ehrlicherweise schon die Frage, warum dann nicht auch andere Konstellationen von staatlichem Schutz und Privilegierung profitieren sollten. Ich würde in einer solchen Debatte aber immer klar sagen, was wir nicht wollen: Die Ehe für jede denkbare Konstellation öffnen. Nichts anderes hat Annegret Kramp-Karrenbauer damals getan. Vorschläge zur Viel-Ehe, die dann etwa von den Jungen Liberalen kamen, gaben ihr schließlich ja recht.“

Der missglückte Karnevalswitz

„Wer war denn von Euch vor kurzem mal in Berlin? Da seht ihr doch die Latte-Macchiato-Fraktion, die die Toiletten für das dritte Geschlecht einführen. Das ist für die Männer, die noch nicht wissen, ob sie noch stehen dürfen beim Pinkeln oder schon sitzen müssen. Dafür, dazwischen, ist diese Toilette.“

Hierzu sagt Alexander van der Wardt: „Als Norddeutscher gehören Karnevalswitze nun nicht gerade zu meiner Kultur. Hier rate ich aber den Freunden aus der Community zu etwas mehr Gelassenheit. Wer sich den Witz genau ansieht, erkennt schon, dass es eigentlich um die Männer aus der Berliner Latte Macchiato-Fraktion geht. Intersexuelle sind dabei leider zum Kollateralopfer geworden, was ich persönlich sehr bedauere.“

Status-Update für die LSU

Was bedeutet es, dass die LSU jetzt Vereinigung werden soll?

Warum diskutieren wir diese Frage aktuell wieder?

Die Landesvorstand der CDU Berlin hat im September auf seiner Klausurtagung in Hamburg einstimmig einem Antrag der LSU Berlin zugestimmt. Darin wird gefordert, dass die CDU Berlin beim kommenden CDU Bundesparteitag im November in Leipzig fordern soll, die LSU als offizielle Partei-Vereinigung anzuerkennen.

Was sind denn überhaupt Vereinigungen der CDU?

Vereinigungen innerhalb der CDU sind Untergruppen, die gesellschaftliche Gruppen in der Partei abbilden und diese an die Partei binden sollen. Die Vereinigungen wirken in die Partei hinein, indem sie sich mit speziellen Inhalten befassen. Sie wirken aber auch in die Gesellschaft als Vermittler zur Union.

Wie viele Vereinigungen gibt es denn?

Aktuell gibt es sieben offizielle Vereinigungen: Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA), die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT), die Junge Union (JU), die Frauenunion (FU), die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung (OMV), die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) sowie die Senioren Union. Letztgenannte ist auch die letzte, die neu ins Parteistatut aufgenommen wurde – das war 1988. Zusätzlich gibt es noch zwei sogenannte Sonderorganisationen: den Evangelischen Arbeitskreis (EAK) und den Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS).

Was bringt der Status einer Vereinigung?

Da ist zunächst der emotionale Aspekt, das Zugehörigkeitsgefühl, der Symbolwert der Anerkennung. Aber am Vereinigungsstatus hängen auch handfeste Vorteile: Die Vorsitzenden der sieben Vereinigungen gehören dem Vorstand der jeweiligen Parteiebene mindestens beratend an. Zudem haben die Vereinigungen Antragsrecht auf den Parteitagen der CDU und wählen ein Mitglied für den Parteiausschuss. Vereinigungen und Sonderorganisationen erhalten außerdem noch finanzielle Zuschüsse von der Partei. Ein weit verbreitetes Irrtum ist allerdings, dass Vereinigungen auch Spendenquittungen ausstellen können. Das geht nicht.

Welchen Status hat die LSU bislang?

Aktuell hat der Bundesverband LSU keinen offiziellen Status innerhalb der CDU Deutschlands. Bis vor etwa anderthalb Jahren wurde die LSU auf der Webseite der Partei als „sonstige Gruppe“ geführt. In dieser Kategorie tauchten alle Organisationen auf, die sich der Union zwar zugehörig fühlen, aber weder Vereinigung noch Sonderorganisation sind – etwa der Wirtschaftsrat der CDU Deutschlands e.V. oder die Christdemokraten für das Leben. In einigen Landesverbänden genießt die LSU allerdings bereits seit vielen Jahren einen besseren Status – zum Beispiel als anerkannter Arbeitskreis oder als Landesnetzwerk der Partei. Oft sind damit bereits finanzielle Vorteile und auch ein Sitz im Landesvorstand verbunden.

Wie wird man denn Vereinigung?

Die Vereinigung ist eine Untergliederung der Partei, die im offiziellen Partei-Statut, also der Satzung, gelistet wird. Um eine neue Vereinigung hierin aufzunehmen, bedarf es eines Parteitagbeschlusses zur Änderung der Satzung. Beim Bundesparteitag der CDU Deutschlands, der nächste findet übrigens am 22. und 23. November in Leipzig statt, müsste also der Antrag auf Änderung der Satzung gestellt und von einer absoluten Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder beschlossen werden. Ein CDU-Parteitag setzt sich aus 1001 Delegierten zusammen – die absolute Mehrheit wären also 501 Delegierte.

Was passiert, wenn der Antrag scheitert?

Sollte der Antrag auf dem Parteitag zur Abstimmung kommen, aber nicht die erforderliche Mehrheit erreichen, wäre das Thema aller Voraussicht nach erst einmal vom Tisch. Für wie lange, ist ungewiss. Zudem könnte das Scheitern im schlimmsten Fall zu einem erheblichen Imageverlust der CDU und der LSU führen.

Welche Optionen gibt es jetzt?

Option eins: Die CDU Berlin stellt den Antrag beim Bundesparteitag, die Antragskommission stellt ihn zur Abstimmung und der Parteitag entscheidet über eine Satzungsänderung.
Option zwei: Die CDU Berlin stellt den Antrag beim Bundesparteitag, die Antragskommission empfiehlt aber, den Antrag an den Bundesvorstand oder in eine neu zu berufene Satzungskommission zur Bearbeitung weiterzureichen.
Option drei: Der Impuls aus Berlin wird schon im Vorfeld im Adenauer-Haus aufgenommen und man findet einen Kompromiss, etwa eine andere Form der Anerkennung, wie bereits in vielen Landesverbänden.

Projekt gegen Mobbing fehlt das Geld

SCHLAU Niedersachsen benötigt dringend mehr Förderung für Qualifizierungsmaßnahmen von Ehrenamtlichen

Die schwule Sau ist leider noch immer nicht ausgestorben. Als eines der beliebtesten Schimpfwörter taucht sie immer wieder auf deutschen Schulhöfen auf. Nicht immer gilt die Beschimpfung einem schwulen Jungen oder etwa einem lesbischen Mädchen. Nicht jedes Kind, das dieses Schimpfwort benutzt, kennt tatsächlich auch die Bedeutung. Aber jedes Mal, wenn ein schwuler Junge oder ein lesbisches Mädchen hört, wie jemand als „schwule Sau“ bezeichnet wird, dann tut es weh und verunsichert.

Beim Bildungs- und Antidiskriminierungsprojekt SCHLAU geht es nicht nur um Schimpfwörter. Und anders, als manch einer das vermutet, betreibt SCHLAU auch keine Sexualaufklärung. SCHLAU ist ein Projekt, bei dem junge Schwule, Lesben, Bi- und Trans*menschen als Ehrenamtliche auf Einladung einer Schule in Schulklassen kommen, um offen mit den Schülern über Homosexualität oder Transgeschlechtlichkeit zu reden. Was ist das überhaupt, fragen dabei etwa die Schüler. Oder auch: Woran erkennt man, dass man selbst homosexuell ist?

Erfolgreich durch niedrigschwellige Ansprache

Das Erfolgsrezept von SCHLAU ist der Peer-to-Peer-Ansatz. Das meint, dass der Altersunterschied zwischen den Schülern und denjenigen, die ihnen etwas erzählen wollen, nicht so groß sein darf.



Deshalb gibt es von SCHLAU Niedersachsen zehn Regionalprojekte, in denen sich die ehrenamtlichen jungen Menschen – selbst noch Schüler, Studenten oder Azubis – austauschen und organisieren. Die Regionalgruppen sind über das ganze Land verteilt: von Göttingen im Süden über Hildesheim, Braunschweig und Hannover bis in den Norden nach Lüneburg, Oldenburg und Ostfriesland, weiter in den Südwesten bis Vechta, Osnabrück und Ems-Vechte.

Fünf der Regionalprojekte erhalten eine Förderung aus der jeweiligen Kommune. Insgesamt 73.000 Euro geben die entsprechenden Städte und Gemeinden jährlich dazu. Weitere 70.000 Euro erhält SCHLAU Niedersachsen als Dachverband im Jahr aus dem Landeshaushalt – zuständig ist das SPD-geführte Kultusministerium. Mit diesem Geld wird neben einer Koordinierungsstelle die Vernetzung und fachliche Unterstützung der Projekte finanziert – und eben die Qualifizierung und Fortbildung der jungen Ehrenamtlichen. Denn die hohen Qualitätsstandards sind ein Mar-

kenzeichen von SCHLAU. Nicht jeder darf einfach so vor eine Schulklasse treten.

Landes-Förderung reicht nicht mehr aus

Doch die bisherige Fördersumme reicht nicht mehr aus, um alle Ehrenamtlichen angemessen zu qualifizieren. „Wir bieten mittlerweile zwei Ausbildungsdurchgänge pro Jahr an – aber eigentlich brauchen wir mindestens drei“, sagt Projektkoordinator Nico Kerski. SCHLAU hat deshalb bereits zweimal eine Erhöhung der Fördersumme um 25.000 Euro auf insgesamt 95.000 Euro pro Jahr beantragt. Im aktuellen Haushaltsplan-Entwurf der Großen Koalition wurde die Erhöhung aber erneut nicht aufgenommen. „Im vergangenen Jahr hat das Queere Netzwerk Niedersachsen den dritten Ausbildungsdurchgang co-finanziert. Das wird es aber vermutlich nicht noch einmal geben. Wir stehen in 2020 vor einem großen Problem.“, sagt Kerski.

Eine letzte Hoffnung hat der SCHLAU-Koordinator noch: die politische Liste. Diese ist ein Instrument der Politik, das es den Parteien ermöglicht, Geld aus dem Haushalt noch für weitere Projekte zu verwenden, die der Haushaltsentwurf des Finanzministers zuvor nicht vorgesehen hatte. Voraussichtlich im November werden sich die Regierungsfractionen von SPD und CDU auf eine politische Liste verständigen.

Einheit vor Fragmentierung

Diana Kinnert fordert Pragmatismus – auch in der LSBTI-Politik

Zum dritten Mal lud die niedersächsische CDU-Landtagsfraktion am 16. September zum „Talk im Theater“. Neben dem ehemaligen Innenminister und aktuellem Landtagsabgeordneten Uwe Schünemann nahmen auch Cornelia Scholz, Ehefrau des hannoverschen OB-Kandidaten Ecki Scholz, und Jungunternehmerin und CDU-Hoffnungsträgerin Diana Kinnert auf dem Podium Platz.

Wer da dachte: Eine spannende Mischung, der wurde nicht enttäuscht.

Erste Überraschung des Abends: Der als konservativer Hardliner zu Unrecht verschriene Schünemann und die – für CDU-Urgesteine – eher flippig daher kommende Kinnert liegen gar nicht so weit auseinander. Das „C“ als Wertefundament, von dem aus die Union als Partei des Rechtsstaates für das „staatsbürgerliche Gesicht“ in der Republik sorgen muss, ist beiden lieb und teuer.



Talk im Theater: Christian Stoll (v.l.) im Gespräch mit Diana Kinnert, Cornelia Scholz und Uwe Schünemann.

Bewegung. Sie hat auch hier eine sehr differenzierte Sicht, wenn sie von der Union ganz selbstverständlich pragmatische und progressive Antworten auf die sich hier stellenden Fragen und Probleme erwartet. Man könne aber auch beispielsweise Probleme, die intersexuelle Menschen

betreffen, auch so besprechen, „dass sie nicht gleich für alle in der Gesellschaft höchste Priorität haben müssen“. Damit beschrieb sie eine Argumentationsweise, die für die LSU in Niedersachsen maßgeblich ist. Unter vier Augen

gab sie uns zum Abschluss noch mit auf den Weg, dass aus ihrer Sicht eine immer weitergehende Fragmentierung und Betonung von Partikularinteressen in der

Partei schnell Energien binden kann, die dann für die gemeinsame Arbeit für die Union fehlen könnten.

Für die **dritte Überraschung** sorgte in vielerlei Hinsicht Cornelia Scholz. Als einzige Nicht-Politikerin auf dem Podium kam sie bei den mitunter persönlichen Fragen des Moderators sicher etwas ins Schwitzen, doch sie machte das sehr gut. Besonders überzeugend war sie aber, als sie ihre eigene Entscheidung für ein Leben als fünffache Mutter darlegte. Vor ihre Mutter habe sie diese Entscheidung besonders verteidigen müssen, sagte sie. Diese hatte erwartete, dass ihre Tochter die vielen Karriere-möglichkeiten nutzen würde, die Frauen dank der Emanzipation offenstanden. „Freiheit ist auch die Freiheit, es so zu machen, wie es immer schon war“, sagte Cornelia Scholz dann aber. So ist es und für dieses starke Statement verdient sie allen Respekt.



Zweite Überraschung und für uns besonders relevant: Diana Kinnert, selbst LSU-Mitglied, eignet sich (glücklicherweise) nicht als kritiklose Frontfrau der LSBTI-